

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 33. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 286

Montag, den 9. Dezember 1918

13. Jahrgang

Ein ruhiger Sonntag in Berlin.

Die Urheber des Blutvergießens am Freitag ermittelt. — Das Treiben der Spartacusleute. Liebkecht errichtet eine Berliner Rote Garde. — Besserung unserer Broternährung.

Die kleinen Ludendorffer.

Unser ganzes Volk ist sich augenblicklich darüber einig, daß der gefeierte und erfolgreiche Ludendorff uns an den Stand des Abgrundes geführt hat. Wir wissen auch wodurch — dadurch nämlich, daß er auch Politik getrieben hat, nicht nur, wie man sagt, übertriebene und dumme Außenpolitik, sondern, was noch schlimmer war: innerdeutsche Politik. Ihm fallen viele der Erscheinungen, die wir als „Militarismus“ bezeichnen, zur Last. Er stärkte Reichsfangler und Staatssekretäre des Auswärtigen, er mangelte sich in alles und jedes, er diktierte im Innern, statt sich auf seine militärischen Aufgaben zu beschränken.

Man, das mag auch darauf zurückzuführen gewesen sein, daß wir in der politischen Leitung, dank der Anstiftungswirtschaft des Kaisers, tatsächlich keine einzige Persönlichkeit hatten. Das macht Ludendorffs Verhalten begreiflich, ändert aber nichts an der Tatsache, daß er uns mit seiner Militärdiktatur an den Abgrund geführt hat, daß er mit seinem außen- wie innerpolitischen Diktatorismus und zur Katastrophe gebracht hat, wofür diese ihn vor den Staatsgerichtshof schleppen wollen.

Und doch war Ludendorff ein Mann von aberragenden Fähigkeiten und ein einzelner Mann, der alle seine Maßnahmen wenigstens miteinander in Einklang bringen konnte.

Jetzt aber haben wir an Stelle des einen „großen“ Ludendorff lauter kleine Ludendorffchen. Wehe uns! Sie werden uns völlig in den Abgrund hinabführen, wenn wir sie nicht kleinigt beseitigen.

In Berlin und in Chemnitz ist Blut geflossen! Viel Blut, Bürgerblut im Bürgerkrieg! Der Wandermord im eigenen Lande ist nicht mehr bloß ein Gespenst, er ist Wirklichkeit!

Wie ist das möglich? Nur dadurch, daß der Versuch fortgesetzt wurde Politik mit Waffengewalt zu führen, militärische Politik, Ludendorffpolitik zu treiben.

Wenn die Schuld in Berlin kräftig, wird sich schwer einwandfrei nachweisen lassen, trotzdem ist es klar. Es kommt in solchen Zeiten nicht darauf an, wer dem ersten Schuß gefolgt hat, sondern, wer den Grund der Gewalt proklamiert. Ludendorff hat sicher seinen Menschen erschossen — und doch war er schuld. Und in Berlin sind Schuld: Die Spartacusse, diese Holden, die mit ihren Hirngespinnsten keinen Hund vom Ofen locken können, und die sich dafür an die unraffierten Wurschen wenden und nach Diktatur und Gewalt, nach Word und Waffen streben.

Den Unfug in Berlin gab — beileibe! — die abenteuerliche Verhaftung des Volkshugrates. Ist es nicht am Ende von Deustragen der Spartacussgruppe selbst vorgenommen worden, um einen Unfug zu Demonstrationen und Unruhen zu gewinnen? Die Spartacusse bekennen sich zu russischen Methoden, und ihre Methoden sind russische Methoden. Sie bringen erst Haß und Aufruhr an Stelle dessen, was wir am notwendigsten brauchen, an Stelle des Vertrauens.

Es ist Blut geflossen, das Blut Unschuldiger, denn die kleinen Ludendorffe sind ebenso wohlbehaltener wie der große. Sie werden die „Revolutionsoxyde“ ebenso feierlich begraben, wie Ludendorff Heldengräber ehrete. Darum fort mit allen Ludendorffs. Fort mit allen Arten und Weisen von Militärdiktatur, vor bewaffneter Politik! Blut erzeugt weiter Blut, wir wollen aber den Waffenstillstand nicht mit dem Bürgerkrieg vertauschen.

Wer Politik mit der Waffe verfährt, ist Reaktionsär. Wer sich selber als den allein Schützen betrachtet und seinen Willen dem ganzen Volke aufzuzwingen strebt, während er von den Notwendigkeiten und Möglichkeiten dieses Augenblicks keine Ahnung hat, ist ein politischer Diktator, und gleichviel, ob er tapferer Frontsoldat oder noch tapferer Stappenmann war, sobald er sich um Dinge kümmert, die ihn nichts angehen, sobald er Politik treibt, ist er ein Ludendorff. Fort mit den kleinen Ludendorffs! Wir wollen Frieden!

Deutschlands gegenwärtige Lage.

Ein Mahnruf des Prinzen Max.

Die „Frankf. Ztg.“ veröffentlicht folgenden Aufruf des früheren Reichskanzlers Prinzen Max von Baden: Wenn die unsere Volks angehende Schmach ebenso heiß in der Seele brennt, wie mir, der erhebe in Wort und Schrift seine Stimme gegen die unerhörte Vergewaltigung, die feindliche Nachsucht und Siegesstrunkenheit über uns gebracht hat durch Aufrechterhaltung der Waffenstillstandsbedingungen, die unser nationales Leben in seinen Grundfesten bedrohen. Es mahne den Präsidenten der Vereinigten Staaten an sein gegebenes Wort, einen Rechtsfrieden zu wollen und einen Völkerverbund zu erstreben, in dem sich Deutschland wie jedes andere Land und Volk seiner Eigenart entsprechend unter Wahrung seiner Lebensbedingungen ungehindert entfalten kann. Es wisse daher den Präsidenten mahnend hin auf die historische und tatsächlichen Grundlagen, auf denen Deutschlands Dasein beruht, und deren Verletzung dieses Dasein und die Berechtigung gleichermäßen zu zerstören würde. Er zeige dem deutschen Volke, das durch die Wucht der plötzlich hereingebrochenen Ereignisse wie gelähmt sein Schicksal erwartet, daß es jetzt unbedingt nötig ist, seinen nationalen Stolz und seine Ehre zu wahren und Selbstbestimmung und Lebensmöglichkeit zu fordern. Unsere Waffen sind uns aus der Hand geschlagen; aber der deutsche Geist und Charakter leben noch. Mit ihnen müssen wir Deutschlands Unsehen und Selbstständigkeit bis zum äußersten verteidigen, und uns selbst die Treue wahren, wie unsere tapferen Armeen bis zum letzten Augenblick Treue gehalten hat.

Lloyd Georges Politik.

Aus London wird gemeldet: Lloyd George veröffentlicht eine Erklärung über seine Politik. Darin heißt es: Der deutsche Kaiser muß vor ein Gericht gestellt werden. Es steht fest, daß der Krieg böswillig verursacht worden ist. Die hierfür verantwortlichen Stellen müssen bestraft werden. (1) Schon vor mehreren Wochen hat die britische Regierung die Schuldfrage einer Kommission von englischen Richtern vorgelegt, die einstimmig zu dem Urteil gekommen ist, daß der Kaiser mit seinen Helfershelfern vor einen internationalen Gerichtshof gebracht werden müsse. Auch die Personen, die für die Worte zur See und für die schlechte Behandlung der Kriegsgefangenen verantwortlich sind, müssen bestraft werden. Die britische Regierung wird ihren ganzen Einfluss aufbieten, damit auf der Friedenskonferenz die Gerechtigkeit zur Geltung kommt. (2) Sämtliche europäischen Bundesgenossen haben dem Vorschlag zugestimmt, daß die Zentralmächte die Kriegskosten bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit tragen müssen. Die Verbündeten beabsichtigen eine Kommission von Sachverständigen einzusetzen, die die Art der Entschädigung feststellen sollen.

„Daily Mail“ erzählt: Lloyd George wird mitteilen, daß Großbritannien und die Dominionen von Kanada, Australien, Südafrika von Deutschland eine Lebensschuldigung von 8 Milliarden Pfund verlangen werden. Diese Zahlung würde eine Herabsetzung der Steuern in England um 400 Millionen jährlich ermöglichen. Die Forderung wurde von einer Kommission unter dem Vorsitz des australischen Premierministers Hughes aufgestellt. Nun, vorläufig ist es ja noch nicht so weit. Wenn aber Lloyd George die für den Krieg Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen will, dann muß er auch die englischen, französischen und russischen Ansitzer heranziehen. Sonst kann uns seine „Gerechtigkeit“ nicht imponieren.

Die Schuld am Kriege.

Der Pariser „Gerald“ meldet aus New York: Im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten sagte Dansting, die Frage der Schuld am Kriege werde wahrscheinlich nie geklärt werden. Wichtigere als die Bestrebungen, die Schuldigen zu bestrafen, sei der Wiederaufbau der Kultur und der vernichteten Menschheit. Diese Bestrebungen erhielten ihre Krönung durch Wilsons Völkerverbund. Wenn auch Deutschland die brutale Kriegführung zuerst eingeschlagen habe (1) so sei auch das Regime des Kaisers nicht frei von Schuld. Amerika werde die Wunden des Krieges heilen, nicht nur in den verbündeten Ländern, sondern auch in den bisher feindlichen Staaten.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Das französische Oberkommando hat die deutsche Oberste Heeresleitung um Bezeichnung von Bevollmächtigten zur Verlängerung des Waffenstillstandes ersucht. Die Zusammenkunft könnte am 12. oder 18. Dezember vor-mittags in Trier stattfinden.

Ein neuer Wortbruch Hochs.

Marshall Hoch hat der deutschen Waffenstillstandskommission folgende Entscheidung übergeben: Der Lebensmittelverkehr von der von den alliierten Armeen besetzten Zone nach der neutralen Zone, ferner die Eisenbahn- und Straßenbahnverbindungen zwischen diesen Zonen sind nicht zulässig in Anbetracht der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Blockade Deutschlands, die in dem Waffenstillstandsabkommen vorgesehen ist. Den Armeen sind Instruktionen gegeben worden bezüglich der Über die Post-, Telegraphen- und Telephonverbindungen im Rheinland auszubehalten Kontrolle.

Diese Entscheidung steht im Widerspruch mit dem Waffenstillstandsabkommen (Artikel 6 und 20 im Widerspruch). Die deutsche Regierung wird auf diplomatischem Wege und durch die Waffenstillstandskommission Protest hiergegen einlegen.

Balfour über die Friedensbesprechungen.

In einem Gespräch mit einem Vertreter der Associated Press sagte der englische Minister Balfour, er glaube, daß die Zusammenkunft in Paris in diesem Monat nur ein unformeller Vorläufer der Konferenz der Association sein werde, die zu Beginn des nächsten Jahres stattfinden werde. Die zweite Konferenz werde alle wichtigen Bedingungen des Abkommens formulieren und die wichtigste und längste sein. Nach ihrer Beendigung würden die feindlichen Vertreter zugezogen und die Abkommen ratifiziert werden. (Das heißt also mit anderen Worten, die Mittelmächte sollen ohne Verhandlungen die Bedingungen unterschreiben, die ihnen auferlegt werden.) Nach der Ansicht Balfours ist die wichtigste Frage, mit welcher die Friedenskonferenz sich zu befassen hat, die des Völkerverbunds, die eine absolute Notwendigkeit sei, wenn der Krieg alle die guten Folgen haben sollte, die man von ihm erwartet. Der Völkerverbund würde dazu notwendig sein, um nicht nur den verbrecherischen Ehrgeiz der größeren Autokratien zu beaufsichtigen, sondern auch dazu, leichtsinnige Länder von übertriebenen Streitigkeiten abzuhalten. Man könne unmöglich von Demokraten sprechen, außer bei Ländern, die eine relativ vorgeschrittene Stufe von Zivilisation erreicht haben. Als Balfour gefragt wurde, ob Rußland auf der Konferenz vertreten sein werde, sagte er: Es ist schwer, zu definieren, was Rußland ist. Wir haben keine Beziehungen zur Volkswirtschaft, welche die hauptächlichste de facto-Regierung im mittleren europäischen Rußland ist. Es gibt aber daneben viele andere de facto-Regierungen. Ich glaube, daß der Status Rußlands auf der Konferenz geordnet werden wird.

Die Kaiserfrage.

Die Einberufung eines niederländischen Staatsrates für den kommenden Sonntag läßt darauf schließen, daß ein Schritt der Alliierten hinsichtlich des Aufenthalt des Kaisers Wilhelm in Holland bereits erfolgt ist. Die „Londoner Morning Post“ meldet: Der Thron verzicht des Kaisers und des Kronprinzen genügt den Alliierten nicht, um neue Hohenzollernsche Gewaltakte in Deutschland unmöglich zu machen. Ohne Rücksicht auf die Schuldfrage am Kriege verlangen die Alliierten die Alliierten die Sicherheitshaft für den Kaiser auf Lebenszeit und einen ausdrücklichen Verzicht aller männlichen Mitglieder des Hohenzollernhauses.

Rheinische Großindustrielle verhaftet.

Der Kölner „General-Anzeiger“ meldet aus Wilhelm: Unter der Anschuldigung des Landesverrats, angeblich begangen durch den Versuch, die Entente zu einer Besetzung des Industriegebietes zu bestimmen, wurden nach stundenlangem Verhör vom Arbeiter- und Soldatenrat Wilhelm die Großindustriellen August Thyssen, Fritz Thyssen jun. und Edmund Stein, sowie die Direktoren Herrle, Becker, Witz, Kommerzienrat Rüfen und Bergasseffor Stenz verhaftet. Die Festgenommenen wurden nach Münster gebracht und werden von dort wahrscheinlich nach Berlin geschafft, wo sie sich verantworten sollen.

231

Wörine.

men natur!

SLUB Wir führen Wissen.